

von Dennis Bühler

Der Ständerat verordnet dem Bund ein Sparprogramm: Im Jahr 2016 soll er rund 630 Millionen Franken weniger ausgeben als im Finanzplan vorgesehen. Doch was klingt wie ein einschneidendes Sparprogramm, entpuppt sich bei näherem Hinsehen als zurückhaltende Intervention – der Bundesrat selbst nämlich wollte den angeschlagenen Bundeshaushalt mit dem Konsolidierungs- und Aufgabenprüfungspaket (KAP) gar um rund 700 Millionen Franken entlasten. Eindringlich warnte Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf gestern vor der Kleinen Kammer denn auch vor dem Verzicht auf vorgesehene Kürzungen. «Das KAP ist dringend notwendig», sagte sie.

Die Ständeräte schenken der Bundesrätin zumindest teilweise Gehör. So wollen sie anders als der Nationalrat die Landwirtschaft nicht gänzlich verschonen. 30 Millionen Franken sollen in diesem Sektor eingespart werden – der Bundesrat hatte ein Sparpotenzial von 57 Millionen ausgemacht, die Grosse Kammer jede Kürzung abgelehnt. Im Unterschied zum Nationalrat hiesien die Ständesvertreter zudem den grössten Sparposten gut: Durch die Reduktion der Verzinsung der IV-Schuld bei der AHV sollen 132,5 Millionen eingespart werden. Zur Differenzbereinigung geht die Vorlage nun zurück an die Grosse Kammer, die kommende Woche darüber beraten wird.

Schulterschluss ist Makulatur

Auch wenn der Ständerat beim KAP weniger Abstriche machen möchte als der Nationalrat: Tatsache ist, dass die Parlamentarier auch in dieser Woche fleissig Geld ausgeben, über das der Bund im Prinzip nicht verfügt. Den Anfang machten die Ständeräte am Montag, als sie zusätzliche 18 Millionen Franken pro Jahr für das Jugend+Sport-Programm sprachen; gestern Morgen ging es mit der Abänderung des KAP weiter, welches die Landwirtschaft weniger stark bluten lässt, als es der Bundesrat für angezeigt hält; und ein paar Stunden später verzichtete der Nationalrat auf jegliche Kürzungen bei der Kulturförderung (siehe Kasten).

Keine zehn Wochen ist es her, seit die Parteipräsidenten Christophe Darbellay (CVP), Philipp Müller (FDP) und Toni Brunner (SVP) medienwirksam einen Vertrag unterzeichneten und ihren bürgerlichen Schulterschluss zelebrierten. Die Abmachung der drei Parteien: In den nächsten fünf Jahren werden keine neuen Steuern eingeführt; es werden keine neuen Bundesstellen bewilligt; und die Ausgaben der öffentlichen Hand werden auf dem Niveau von 2014 eingefroren. Seither



Gespräch mit CVP-Fraktionschef Urs Schwaller: Im Ständerat findet Finanzministerin Eveline Widmer-Schlumpf mit ihrem Sparappell wenigstens teilweise Gehör.

Bild Peter Schneider/Keystone

Gespart wird bloss ein bisschen

Trotz «bürgerlichem Schulterschluss» wird fleissig Geld ausgegeben: Der Ständerat heisst zwar einige Sparmassnahmen gut, kommt der Landwirtschaft aber noch immer weit entgegen. Und der Nationalrat verzichtet auf Kürzungen bei der Kultur.

Bundesrätliche Kulturbotschaft geht ohne Abstriche durch die Räte

Die Kulturförderung in den Jahren 2016 bis 2020 ist unter Dach und Fach. Der Nationalrat hat die Kulturbotschaft des Bundesrates und deren Finanzierung gestern gutgeheissen. Die Kürzungsanträge der SVP hatten keine Chance. **Somit kann der Bund das Kulturschaffen in den kommenden fünf Jahren mit rund 1,13 Milliarden Franken unterstützen.** Das sind gegenüber der Förderperiode 2012 bis 2015 rund 3,4 Prozent mehr.

Der SVP-Antrag, die Ausgaben auf dem Niveau von 2014 zu belassen, also bei 976,5 Millionen Franken, wurde mit 128:65 Stimmen verworfen. Abgelehnt wurde auch ein Antrag der Mehrheit der Kulturkommission. Sie hatte für Heimatschutz und Denkmalpflege zehn Millionen Franken mehr ausgeben wollen als der Bundesrat. Der Rat folgte aber einer bürgerlichen Minderheit, dem Bundesrat und dem Ständerat und belie-

es bei 132,6 Millionen Franken. **Der Ständerat hatte den gesamten Zahlungsrahmen für die Kulturförderung im Frühjahr gutgeheissen.** Gegenüber dem Antrag des Bundesrates stockte er das Budget des Bundesamtes für Kultur für Finanzhilfen um drei Millionen Franken auf, hauptsächlich zugunsten von Museen und Sammlungen. Diese Erhöhung übernahm der Nationalrat. Unangestastet liess der Rat auch die

Zahlungsrahmen für die übrigen Sparten. **Den grössten Brocken erhält mit 253,9 Millionen Franken die Sparte Film.** An die Pro Helvetia gehen 210,9 Millionen Franken. Das Nationalmuseum erhält 160,6 Millionen, Schweizer Schulen im Ausland 110,1 Millionen Franken. Für Kulturgütertransfer sind 3,9 Millionen Franken eingestellt und für «Sprachen und Verständigung» 75,5 Millionen. **Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung.** (sda)

Weitere Ausgaben absehbar

Im Verlauf der Sommersession sind weitere Abweichungen von der offiziell verhängten Spardoktrin zu erwarten. So sollen der Armee, über deren Weiterentwicklung am 18. Juni der Nationalrat berät, in Zukunft fünf Milliarden Franken pro Jahr zur Verfügung stehen – 650 Millionen mehr als 2014. Dafür jedenfalls machten sich in der vorberatenden Kommission die Vertreter der CVP, FDP, BDP und SVP stark.

Mehr Geld soll auch in die Standortförderung fliessen. Der Freiburger CVP-Nationalrat Dominique de Buman möchte in den nächsten vier Jahren bis zu 50 Millionen Franken mehr einsetzen, wie der «Blick» schrieb.

«Der bürgerliche Schulterschluss ist für mich in erster Linie ein Projekt des Nationalrates.»

Werner Hösli
Glerner SVP-Ständerat

allerdings vergeht kaum eine Woche ohne Wortbruch. Oder anders ausgedrückt: Die Parlamentarier halten sich nicht an den Vertrag, den ihre Parteivorsitzenden ausgehandelt haben.

Dies mag auf den ersten Blick verwundern. Erinnert man sich jedoch an die Worte, mit denen Ende März mehrere Exponenten der drei bürgerlichen Parteien auf den Schulterschluss reagierten, wird rasch klar: Vorab die Ständeräte fühlen sich durch diesen Vertrag nicht gebunden. «Der Pakt ist nicht mehr als ein Leitfaden», sagte der Luzerner CVP-Ständerat Konrad Graber damals zur «Südostschweiz». Und Pirmin Bischof, Grabers Rats- und Parteikollege aus dem Kanton Solothurn, ergänzte: «Das ist ein Vertrag der Parteipräsidenten.» Die Fraktionen seien an diese «Betriebsanleitungen», wie Philipp Müller sie an der Pressekonferenz nannte, nicht gebunden. «Es handelt sich lediglich um Tipps zuhanden der Fraktionen, nicht um einen katholischen Katechismus, der Wort für Wort befolgt werden muss.»

Ganz ähnlich tönt es Wochen später noch immer – und nun auch bei Parlamentariern der anderen zwei beteiligten Parteien. «Ich setze ein grosses Fragezeichen, ob dieser bürgerliche Schulterschluss nachhaltig ist», sagt beispielsweise der Glerner SVP-Ständerat Werner Hösli. «Wobei dies für mich ohnehin in erster Linie ein Projekt des Nationalrates ist.» Als Ständesvertreter fühle er sich den Bürgern seines Heimatkantons stärker verpflichtet als seiner Partei.

Gastbeitrag

Nicht PID, sondern PIS

Von Martin Grichting,
Generalvikar des
Bistums Chur



Ein neuer Verfassungsartikel zur Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie im Humanbereich soll der Präimplantationsdiagnostik (PID) den Weg ebnen. Embryonen sollen auf allfällige genetisch bedingte Krankheiten untersucht werden. Erfüllen sie bestimmte «Qualitätskriterien» nicht, werden sie

getötet, anstatt sie der zukünftigen Mutter einzupflanzen.

Aus christlicher Sicht ist es schon eine Verletzung der Würde des Menschen, wenn er von einem Chemielaboranten in einer Petrischale zusammengesetzt wird. Was dann folgt, ist aber noch schlimmer. Denn es geht in Wahrheit nicht um PID, sondern um PIS, um Präimplantations-Selektion. Denn man will zukünftig nicht einfach Diagnostik am Embryo betreiben.

Es geht nämlich nicht darum, etwas über ihn zu erfahren, um ihn allenfalls heilen zu können. Sondern es soll einzig etwas über die geni-

tsche Beschaffenheit des Embryos in Erfahrung gebracht werden, um ihn dann gegebenenfalls töten zu können, wenn er nicht den erwünschten Grad an Gesundheit aufweist. Das geht über Diagnostik weit hinaus: Es ist Selektion, Auslese.

Und es ist der Sache nach nichts Neues. Der römische Hausvater (pater familias) hatte auch schon das «Recht» (patria potestas), ein ihm geborenes Kind anzunehmen oder es, wenn er es zu schwach fand, töten zu lassen. Etwas besser ging es damals «verworfenen» Kindern, wenn sie «nur» ausgesetzt oder in die Sklaverei verkauft wurden.

Das erstarkende Christentum hat dann diese unmenschliche Praxis zum Verschwinden gebracht. Man sieht daran, dass der christliche Glau-



be von Anfang an einen humanisierenden Charakter gehabt hat. Denn er beinhaltet, dass jeder Mensch ein Abbild Gottes und deshalb unantastbar ist. Nun, da der christliche

Glaube in der westlichen Welt seine prägende Stellung immer mehr verliert, kommt das alte Heidentum zurück. Und es kommt wieder zum Vorschein, was im Menschen ist, wenn er auf sich selbst zurückgeworfen wird, weil er niemanden mehr über sich anerkennt.

Denn PID – oder eben besser PIS – ist nichts anderes als die technisch ausgefeiltere Fortsetzung einer vorchristlichen Praxis. Es ist ein Rückfall in eine Zeit, als sich auch Gladiatoren zur Belustigung des Publikums umbrachten und man in der Arena Menschen den wilden Tieren zum Frass vorwarf.